

HAVEL BRANDUNG

Ausgabe Sommer 2011

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

Nicht verstecken! ▶ 2

Rot-Rot ist auf dem richtigen Weg



Gelungenes ▶ 4 OB-Kandidaten ▶ 5 Fest

Familienfest im Waldcafé

Martina Marx... nichts Genaues weiß man nicht!

Rate mal ▶ 8

Büchergutscheine zu gewinnen!

Wer **A**lfredo Förster sagt, kann jetzt auch **B**randenburg sagen

Um- denken!



Geteilte Freude ist doppelte Freude - René Kretschmar gratuliert dem frisch gekürten OB-Kandidaten der Linken

Alfredo Förster soll für DIE LINKE Oberbürgermeister von Brandenburg an der Havel werden.

Die Mitgliederversammlung stellte den Kandidaten am 18.06.2011 mit der großen Mehrheit von 88,6 % auf. Förster warb in seiner Vorstellung für eine wirtschaftlich, kulturell und sozial starke Stadt. Er sagte: „Ich

will daran arbeiten, dass jede und jeder durch entsprechende Bildungsmöglichkeiten, durch gesicherte und existenzsichernde Einkommen aus stabilen Arbeitsverhältnissen und durch ein auch in Krankheit und Alterschützendes Sozialsystem am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben kann.“ In Anspielung auf eines der herausra-

genden kulturellen Wahrzeichen der Stadt sagte Förster: „Einen Dom bauen die Brandenburger leider schon lange nicht mehr.“ Stattdessen seien verschiedene Investurinen zu beklagen, etwa das überdimensionierte Gewerbezentrum Kirchmöser und die fehlgeplante Mühlengraben-Lösung. Beim Heineufer sei die Oberbürgermeisterin „mit dem Charme einer Betongießerin“ vorgegangen. Künftig sei mehr Geld in die Bildung statt in Bauten zu investieren.

Nach seiner Haltung zur Schulsanierung in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) befragt, machte Förster deutlich, dass diese Lösung nicht die von den LINKEN favorisierte war. Angesichts der

Mehrheitsverhältnisse in der SVV könne die Sanierung aber nur mit ÖPP erfolgen. DIE LINKE habe sich hier nicht verkämpft, sondern sei pragmatisch vorgegangen. In Richtung der zahlreich erschienenen jungen LINKEN sagte Förster: „Seid weiter misstrauisch und kritisch gegenüber dieser Finanzierungsform, damit den Bürgerinnen und Bürgern künftig kein Schaden entsteht.“

Das Wahlprogramm wurde nach konstruktiver Diskussion mit einigen Ergänzungen einstimmig beschlossen.

Es kann unter www.alfredo-foerster.de oder als Kurzfassung in der vorliegenden Ausgabe der Havelbrandung nachgelesen werden.

M. Osterburg



Gesamtmitgliederversammlung 18.06.2011: v.l.n.r. Dr. Volkmar Schöneburg (Minister der Justiz, Land Brandenburg), Dr. Andreas Bernig MdL, Diana Golze MdB und Alfredo Förster

Kolumne von A. Förster

Das Jahr fing gut an: Nach den Festtagen verlor die CDU wie gewohnt ihr christliches Profil. Die SPD hatte noch immer keinen OB-Kandidaten und die Stadt keinen genehmigungsfähigen Haushalt. Die Stadtverwaltung stellte ihr riskantes - von privaten Investoren getragenes - Schulsanierungspaket vor. Die Schulden stiegen.

Demgegenüber arbeiteten die LINKEN an ihren bekannten Konzepten: Friedenspolitik und Völkerverständigung, angemessene Teilhabe jedes Einzelnen am gesellschaftlichen Wohlstand, entsprechende Bildungsmöglichkeiten, gesicherte und existenzsichernde Einkommen aus stabilen Arbeitsverhältnissen, ein Sozialsystem, das auch bei Krankheit und im Alter vor Elend schützt. Klingt das nicht gut? Doch Wahlen gewinnt man mit diesen Forderungen in unserer Gesellschaft nur schwer. Was soll, was kann aber ein LINKER Oberbürgermeister in dieser Stadt tatsächlich bewirken? Drei Beispiele:

1. Beispiel:

Insgesamt 4593 Gewerbebetriebe zählt Brandenburg an der Havel. Tausende Arbeitsplätze hängen daran. 75 % dieser Betriebe zahlten jedoch

www.alfredo-foerster.de

Nicht verstecken!

Rot-rote Regierung ist auf dem richtigen Weg

Die Opposition, insbesondere die CDU, versucht momentan alles, um die rot-rote Regierung zu Fall zu bringen. Die Aufdeckung vermeintlicher Skandale und die Forderung nach erneuter Stasi-Überprüfung von Staatsdienern wird aber von der Bevölkerung als das durchschaut, was es ist: ein Wahlkampfmanöver. Wie anders wären die aktuellen Umfragewerte zu erklären, wonach 57 % der Befragten mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden bzw. sehr zufrieden sind. Das sind immerhin 20 % mehr als im Februar 2010. Damit das so bleibt, werden wir unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit fort- und den Koalitionsvertrag „Gemeinsinn und Erneuerung – ein Brandenburg für alle“ umsetzen. Hier einige Beispiele, die auch zeigen, dass das Wahlprogramm von Alfredo Förster auf der Linie der rot-roten Regierung liegt:

Starke Kommunen

Mit dem Gesetz über die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen wird ein Beitrag für starke Kommunen geleistet. Das hilft auch der Stadt Brandenburg, denn die kreisfreien Städte erhalten 2011 14 Mill. € mehr. Reiche Kommunen werden ab 2012 erstmals Abgaben für arme Gemeinden zahlen und für Kommunen mit besonders hohem Bevölkerungsrückgang wird ein Demografiefaktor bei der Berechnung der Zuschüsse eingeführt. Ebenfalls ab 2012 wird Rot-Rot die Zusammenarbeit der Kommunen mit 10 Mill. € fördern und neue Fusionen auf freiwilliger Grundlage anstoßen.

Gesetzlicher Mindestlohn und Arbeitsplätze

Auf den Weg gebracht wurde auch das Vergabegesetz: Öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen dürfen nur an solche Anbieter vergeben werden, die einen Lohn zahlen, von dem man auch leben kann. Im Entwurf stehen noch 7,50 €, die aber auf 8,50 € angehoben werden sollen, so wie es der DGB fordert. Und das kann nur der Einstieg sein. Letztlich werden wir weiter darum kämpfen,

einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen.

Wichtig für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ist auch die gemeinsame Innovationsstrategie mit Berlin. Sie zielt darauf ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen zu stärken. Unterstützt werden Bereiche mit einem hohen Entwicklungspotential wie Gesundheitstechnik, Energietechnik, Verkehr, Mobilität und Logistik, Informations- und Kommunikationstechnik, Medien, Kreativwirtschaft, Optik sowie Mikrosystemtechnik. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen hat die neue Förderstrategie eine besondere Bedeutung.

Leider kann die Entwicklung des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) und des Programms „Arbeit für Brandenburg“, für die das Land bis 2014 40 Mill. € zur Verfügung stellt, nicht befriedigen. Auf Grund der erheblichen Kürzungen von Seiten der Bundesagentur für Arbeit kann die geplante Stellenzahl nicht erreicht werden. Den-



noch ist es erfreulich, dass in der Stadt Brandenburg bisher 46 Langzeitarbeitslose über diese Förderung eine Arbeit gefunden haben.

Gleiche Bildungschancen für alle

Auch mit dem Haushalt 2012 wird eine Priorität auf die Bildung gelegt, indem ein Teil der Steuermehreinnahmen – gegen den Willen der CDU – dafür verwendet wird. Die LINKE geht weiterhin davon aus, dass Bildung in erster Linie eine Sache der öffentlichen Daseinsvorsorge ist und dementsprechend in allen Landesteilen ein erreichbares öffentliches Angebot vorgehalten werden muss. Sie setzt sich für Schulvielfalt und inklusive freie Schulen ein und stimmt in diesem

Punkt der Volksinitiative „Schule in Freiheit“ zu. Sie ist allerdings gegen die Zulassung weiterer Schulen in freier Trägerschaft – es gibt bereits 166 im Land – und besteht auf annähernd gleichen Wettbewerbsbedingungen (z. B. Klassengrößen, Mindestschülerzahlen, Betreuungsschlüssel) für öffentliche und private Schulen.

Gleichstellung und Seniorenpolitik

Die rot-rote Regierung hat das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm 2011 - 14 auf den Weg gebracht und das seniorenpolitische Programm aktualisiert. In über 40 Projekten wird ein „aktives Altern in Brandenburg“ unterstützt und die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben gefördert.

Öffentliche Sicherheit

Die Polizeireform mit ihren schmerzhaften Personal Kürzungen hat viel Wirbel gemacht und die CDU hat nichts unversucht gelassen, den Untergang des Abendlandes zu verkünden. Der

neue Innenminister hat es jedoch verstanden, durch Einbeziehung der Beteiligten eine Struktur zu entwickeln, die die Polizeipräsenz in der Fläche weiter gewährleistet. Die 1870 Streifenpolizisten und die 549 Revierpolizisten werden wie bisher ihren Dienst vor Ort leisten. Die Stadt Brandenburg ist in der komfortablen Lage, dass sie eine Direktion bekommt und alle Bereiche der Polizei hier vertreten sein werden. Jetzt geht es darum, im Rahmen der kommunalen Kriminalitätsverhütung alle Potentiale zu bündeln und dabei auch die Bürgerschaft aktiv einzubeziehen, so wie es Alfredo Förster in seinem Wahlprogramm fordert.

Dr. A. Bernig (Mdl)

Umdenken!

Kolumne von A. Förster. Teil 2

für das Jahr 2010 keine oder nur sehr geringe Gewerbesteuern. Mit anderen Worten: Sie erzielten keine nennenswerten Gewinne.

Ich will, dass wir in unserer Wirtschaftspolitik umdenken. **Wir müssen nicht vorrangig die Neuansiedlungen fördern, sondern primär den vorhandenen Bestand stärken.** Wir erreichen dies, indem wir uns zum Beispiel mit unserer Förderpolitik besonders jenen jungen Unternehmen in der Stadt zuwenden, die sich in innovativen Bereichen Marktnischen erschließen wollen. Das schafft und sichert Arbeitsplätze und das hebt letztlich auch das Steueraufkommen in unserer Stadt.

2. Beispiel:

1165 bauten sich die Brandenburger ihr kultur- und kunsthistorisch wohl bedeutsamstes Wahrzeichen, den Dom. Heute, knapp 850 Jahre später, können wir offensichtlich nur noch mit Mühe unsere kulturelle Vielfalt bewahren. Lediglich 3 % der kommunalen Gesamtausgaben, anders ausgedrückt: rund 160 € pro Einwohner, gibt die Stadt für Kultur aus. 1997 lag dieser Anteil noch bei 6,2 % bzw. 331 € pro Einwohner, also mehr als doppelt so hoch.

Mit etwa 450 000 Ausleihen im Jahr ist dabei die Stadtbibliothek unsere größte Bildungs- und Kultureinrichtung. Das Brandenburger Theater erreicht mit seinen über 400 Veranstaltungen und Vorstellungen im Jahr rund 80 000 Gäste. Beides, moderne Bibliotheken und ein kreatives Theater sind wichtige Säulen in einer liebenswerten Stadt. Sie sichern unseren geistigen Wohlstand und prägen unser Miteinander. Beide brauchen mehr Geld.

Mein Traum ist aber auch der Bau oder Ausbau und die Förderung einer großen Kunstgalerie, mit vielfältigen Arbeitsräumen, kostengünstigen Werkstätten und Ateliers. Was wir heute brauchen, sind sicherlich keine neuen Dombaumeister, aber Menschen, die den Mut und den Weitblick haben, Neues zu wagen.

3. Beispiel:

Fast 20 Jahre warteten viele Schülerinnen und Schüler, viele Lehrer und Eltern auf die bereits oft versprochene Sanierung ihrer Schulen und Sportstätten. Der Stadt fehle, hieß es allerorts immer wieder, nur das Geld. War das wirklich so?

120 Millionen € investierten die Brandenburger in ihr völlig überdimensioniertes Gewerbegebiet Kirchmöser. Für 8 Millionen € kauften sie sich ein Cabrio-Dach für ihr Marienbad. 2 Millionen € vergrub die Stadt in einem noch immer unbenutzbaren Mühlengraben und mit rund 1,5 Millionen € baute sich die Stadtverwaltung jüngst eine überflüssige Brücke über den Stadtkanal.

Diese Beispiele belegen: Geld war offenbar genug vorhanden. Was in Brandenburg wirklich fehlte, waren mutige Politiker, die bereit waren, in den entscheidenden Momenten andere Prioritäten zu setzen.

Wer in Zeiten des Klimawandels für mehr Bäume und schattige Plätze in den einzelnen Stadtteilen sorgen will, denkt wohl doch anders als eine Oberbürgermeisterin, die aktuell das Salzhofufer mit dem Charme einer Betongießerin umgestalten lässt.

Wichtig werden aber die Investitionen in die verschiedenen Lernorte unserer Kinder bleiben. Einen bedeutenden Beitrag zur Förderung einer zukunftsorientierten Bildung in unserer Stadt könnten die LINKEN beispielsweise mit ihrem **Eintreten für den Bau einer modernen Schulsternwarte, etwa auf dem Marienberg,** leisten. Dies wäre sinnvoller, als die geplante Errichtung einer kleinen und kaum kostendeckend nutzbaren Eishalle an diesem Ort. Und eine wirklich tragende „Brücke“ zur Welt ließe sich mit wenig Geld durch ein kostenloses Angebot zur Internetnutzung in allen öffentlichen Einrichtungen und Ämtern unserer Stadt errichten.

Die Fantasie und der Wille, diese Stadt zu verändern, sind bei den LINKEN zu Hause.

A. Förster

Regierung spart mal wieder bei den Armen

Bundesregierung will 6 Milliarden bei Hartz IV einsparen

Anfang April 2011 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ vorgelegt.

Sie will von 2011 bis 2014 durch die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen 16 Milliarden € einsparen. Sechs Milliarden davon im Bereich Hartz IV (SGB II), zehn Milliarden im Bereich des Arbeitslosengeldes I und der Nichtleistungsempfänger (SGB III). Die 16 Milliarden € betreffen „nur“ die aktive Arbeitsmarktpolitik. Es handelt sich also um Gelder, die für Qualifizierung oder beschäftigungsschaffende Maßnahmen vorgesehen sind. Darin noch nicht ent-

halten sind Kürzungen im Bereich der Sozialleistungen. So ist für Arbeitslosengeld II-Empfänger auch das Elterngeld und der Zuschuss an die Rentenversicherung gestrichen worden. Zählt man diese Kürzungsmaßnahmen dazu, kommt man auf eine Summe von etwa 30 Milliarden € auf Kosten von Menschen am Rande des Existenzminimums!

Für uns als LINKE ist klar: Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik führen nicht zu besserer Vermittlung! Gute und nachhaltige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen ausreichend finanziert werden!

D. Golze (MdB)



Das „Diana-Mobil“: Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN im Deutschen Bundestag mit ihrem Infomobil unterwegs.

Ein Zeitzeugengespräch im HdO

„Und in der Résistance war fast jeder, auch die Prostituierten“

Es ist der 10. Mai 2011, zwei Tage nach dem Tag der Befreiung in Brandenburg an der Havel. Pünktlich um 18 Uhr öffnen die Pforten im Haus der Offiziere – ein Zeitzeugengespräch soll stattfinden. Ein kleiner, bunt gemischter Kreis Interessierter versammelt sich im „Baikonur“ und wartet auf den Ehrengast Erhard Stenzel.

Der 86-jährige Mann reiste aus Falkensee an, um seine bewegte Vergangenheit so vielen Menschen wie möglich nahe zu bringen. Als bekennender Antifaschist und Friedensaktivist erzählt er nun, im Sessel sitzend, die Geschichte seines Lebens und alle lauschen gebannt.

Bereits 1933, als er 8 Jahre alt war, wurde sein Vater als Kommunist von der SA und Gestapo ins Konzentrationslager deportiert. Ein Wendepunkt im Leben eines Kindes, der sich ihm zeitlebens einprägte. Nie in der Hitlerjugend oder im Jungvolk organisiert, musste Erhard Stenzel bereits in jungen Jahren die Schikanen von Mitschülern, Lehrern und Vorgesetzten erfahren. Sein Klassenlehrer war SA-Obersturmführer und war auch derjenige, der seinen Vater



33 mit dem Lastwagen abholte. Entsprechend schwer gestaltete sich für den Jungen die Schulzeit. Nach seinem Abschluss begann er eine Lehre als Schriftsetzer und wurde im letzten Lehrjahr wegen Sabotageverdachts drei Monate von der Gestapo inhaftiert. Er musste als junger Erwachsener psychische und physische Folter erleben, die uns kaum vorstellbar ist. Vor seinen Augen wurden Hinrichtungen durchgeführt. 1943 wurde Stenzel zur Wehrmacht eingezogen und nach Nordnorwegen, Hammerfest, versetzt. Seine Akte, in der nicht nur der Vater, sondern auch seine Inhaftierung vermerkt war, eilte im stets voraus. Später wurde er nach Nordfrankreich geschickt. Dort dachte er das erste Mal ans Desertieren. Er lernte

1944 einen Schuhmacher kennen, der in der Résistance organisiert war und ihm so einen Kontakt zum französischen Widerstand herstellen konnte. Die Résistance war in Frankreich eine sehr breite Bewegung, der sogar Prostituierte angehörten. Erhard Stenzel lief also über, sobald sich ihm die Gelegenheit dazu bot, und trat kurz darauf dem französischen Widerstand bei. Er diente von nun an in einer international besetzten deutschsprachigen Kampftruppe gegen den Hitlerfaschismus und war an Kampfeinsätzen, Befreiungsaktionen, Versorgungsabotage und der Vorbereitung der Landung alliierter Streitkräfte beteiligt. Seite an Seite mit den alliierten Truppen befreite er, inzwischen 20-jährig, das Gebiet nördlich von Paris, die Eiffel, Frankreich. Den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung, erlebte Stenzel in Frankreich mit. Nach Ende des Krieges erhielten er und viele seiner Mitstreiter die Auszeichnung „Held der französischen Republik“, eine der höchsten Ehrungen Frankreichs überhaupt.

Nun reiste Stenzel nach Hause zurück. Er erfuhr erst jetzt, dass er in Abwesenheit als

Wehrmachtsdeserteur zum Tode verurteilt und seine Mutter ein halbes Jahr lang wegen seines Überlaufens inhaftiert worden war. Aber auch sein Leben in der Sowjetischen Besatzungszone, später in der DDR, gestaltete sich nicht konfliktlos.

*In Abwesenheit
als Deserteur zum
Tode verurteilt*

Er trat sofort nach Ankunft in Deutschland der KPD, dann der SED und nach der Wende der PDS bei. Seinen Kampf gegen Nazideutschland musste er jedoch oft rechtfertigen. Als Widerstandskämpfer aus dem „Westen“ erhielt er weniger Anerkennung für seine ehrenvollen Taten, als ihm zugestanden hätte. Obwohl er die Parteischule mit Auszeichnung absolvierte, wurde ihm bedeutet, niemals in leitenden Funktionen, höchstens als Stellvertreter wirken zu können. So wurde er 1950 stellvertretender Direktor der Sächsischen Zeitung. War er nicht noch zum Tode verurteilt? Erst vor drei Jahren wurden Wehrmachtsdeserteure aus dem Zweiten Weltkrieg von der damaligen

rot-grünen Bundesregierung rehabilitiert, auch wenn es CDU-Mitglieder gab, die dagegen hielten, „Landesverräter“ freizusprechen.

Das Fazit, das Erhard Stenzel aus seinem Leben und seinem Kampf zog, gab er den Zuhörern mit auf den Weg. Es dürfe nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus geben. Dass rechtsradikale Parteien wie die NPD als parlamentarische Parteien existieren, sei ein Unding und müsse bekämpft werden. Faschismus sei ein Verbrechen und wenn das Grundgesetz keine Handhabe bieten kann, müsse es eben geändert werden. Wir seien noch weit entfernt von einem tatsächlich antifaschistischen Deutschland, solange in Dresden, Nauen und anderswo Neonazis alljährlich marschierten. Und wir seien auch noch weit weg vom Frieden, wenn deutsche Soldaten sich am Hindukusch und anderswo im Krieg befinden. Kriege können keine Probleme lösen und die Entscheidung der Bundesregierung, sich nicht am Krieg in Lybien zu beteiligen, sei ihr zugute zu halten.

„Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.“

[`solid]

MUT ZUM MITEINANDER. ORIGINAL SOZIAL!



■ PRÄAMBEL

Die mehr als 1000-jährige Stadt Brandenburg an der Havel ist zu beneiden. Mit ihrem Wald- und Wasserreichtum, verkehrsgünstig vernetzt mit dem Umland, mit ihrer Nähe zur Landes- und Bundeshauptstadt und voller kulturhistorischer Reize kann sich diese kreisfreie Kommune zweifellos als Juwel der Mark bezeichnen. Für die Mehrzahl ihrer Bewohner ist Brandenburg eine Stadt mit hoher Lebensqualität, sozialem Frieden, einem guten Bildungsangebot, zukunfts-sicheren Arbeitsplätzen und einem abwechslungsreichen Kulturangebot. Vieles von dem, was heute selbstverständlich ist, wurde dabei von den LINKEN mitgeprägt und mitgestaltet.

Brandenburg ist aber auch eine Stadt, an der die dramatischen Folgen vergangener Umbrüche überdeutlich ablesbar sind, auch die Folgen verfehlter kommunalpolitischer Entscheidungen.

Von ihren zu DDR-Zeiten knapp 100 000 Einwohnern leben heute nur noch ca. 72 000 Menschen in Brandenburg, Tendenz: sinkend. Viele tausend industrielle Arbeitsplätze, die die Stadt und ihre Bewohner einst so sehr prägten, sind verloren gegangen. Fast jeder fünfte Einwohner im arbeitsfähigen Alter sucht einen Job und die zunehmende Kinderarmut beschämt jeden Demokraten. In dieser Situation stellen wir die Stärkung der heimischen Wirtschaft, das Streben nach Chancengleichheit und den sozialen Ausgleich in den Mittelpunkt LINKER Politik. Unser Ziel ist der Aufbau einer solidarischen Kommune und

- trotz dramatisch sinkender Finanzaufweisungen - der Erhalt ihrer über Jahrzehnte gewachsenen Infrastruktur. Wir setzen auf Bürgernähe in lebendigen Ortsteilen, auf vielfältige Kulturangebote, auf den Breiten- und Leistungssport. Brandenburg an der Havel braucht einen Oberbürgermeister, der sich als erster Diener seiner Stadt versteht. In diesem Sinne will ich künftig wirken.

■ LEBENSWERTES BRANDENBURG

Um eine hohe Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, muss die Stadt ihre Aktivitäten auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie auf eine umfassende Daseinsfürsorge konzentrieren. Oberstes Ziel ist die Sicherung solcher Dienstleistungen, die dem Wohle aller dienen. Der zunehmenden Spaltung in Arm und Reich, die auch in unserer Stadt droht, muss entgegengewirkt werden!

Ich begreife die Stadt als eine Gemeinschaft, in der füreinander Verantwortung übernommen und Solidarität geübt wird. Eine Grundvoraussetzung für ein gedeihliches Miteinander ist, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt wiederherzustellen, also einen konsequenten Schuldenabbau bei hohem sozialen Verantwortungsbewusstsein zu erreichen. Alle neuen Investitionen sind auf Nachhaltigkeit zu prüfen; es gilt das Prinzip: so viel wie nötig, so wenig wie möglich. Dieser Weg kann nur im Dialog zwischen allen Betroffenen bzw. Beteiligten be-

schrritten werden. Die Bundesgartenschau (BUGA) 2015 und andere Großereignisse stellen eine große Chance für unsere Stadt und die Zusammenarbeit innerhalb der Region dar. Diese Chance muss verantwortungsbewusst genutzt werden. Für die BUGA bedeutet das z. B., nur solche Bauprojekte zuzulassen, die keine unberechenbaren Folgekosten verursachen. Die Umgestaltung des Marienbergs zu einem Bürgerpark ist zu begrüßen. Es muss aber gewährleistet sein, dass der Marienberg ab 2016 wieder für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger uneingeschränkt nutzbar ist. Eventuelle Schließzeiten oder Eintrittsgelder wird es mit mir nicht geben. Ziel ist eine starke, selbstbewusste und solidarische Bürgergesellschaft, die demokratisch und offen ist. Ich trete für eine wirksame Bürgerbeteiligung ein; diese muss gewollt sein und darf sich nicht im Formalen erschöpfen. Da die besten Kontrolleure der Verwaltung die Bürger selbst sind, müssen wichtige Entscheidungen umfassend, transparent und verständlich kommuniziert werden.

Ich stehe für

- die Einführung eines Bürgerhaushalts, sobald es die Finanzlage zulässt,
- Bürgerbefragungen zu städtischen Angelegenheiten,
- eine angemessene Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit.

■ SOZIALES UND BILDUNG

Gesundheit: Mit mir als Oberbürgermeister wird es keinen Verkauf städtischer Gesundheitseinrichtungen geben.

Mein Ziel ist

- eine wohnortnahe ärztliche Versorgung in allen Stadtteilen,
- die Stabilisierung der Pflegestützpunkte in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst des Städtischen Klinikums,
- die Förderung von Maßnahmen der Gesundheitsprävention,
- die Verstärkung der Bemühungen um eine abwechslungsreiche und gesunde Ernährung an den Kitas und Schulen und der Ausbau der Trinkmilchversorgung.

Bildung: Erziehung und Bildung sind nicht nur Privatangelegenheit, sondern gleichermaßen ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen.

Ich stehe für

- ein breites, bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an Schul- und Kitaplätzen,
- den Abschluss weiterer Kooperationsvereinbarungen zwischen Grundschulen und Kitas, um den Übergang zwischen Kita und Schule leichter zu gestalten,
- den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung, und zwar ganztägig und gebührenfrei; dieses Ziel muss sukzessive in unserer Stadt umgesetzt werden, beginnend mit einem kostenfreien Vorschuljahr; längerfristig ist an ein kostenfreies erstes Hortjahr zu denken,
- die Unterstützung und weitere Vernetzung der Fachhochschule mit allen anderen Bildungsträgern, Unternehmen, Vereinen und Verbänden in unserer Stadt,
- den Erhalt der Kunstschulen und der städtischen Musikschule, der Volkshochschule sowie der Bibliothekseinrichtungen und für deren enge Kooperation untereinander,
- die Einrichtung eines offenen und kostenfreien W-LAN-Angebotes in der Innenstadt.

Menschen mit Beeinträchtigung - UN-Konvention: Im März 2009 wurde die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Beeinträchtigungen durch die BRD ratifiziert. Damit ist auch für die Kommune die rechtliche Verpflichtung verbunden, Aktionspläne zur Schaffung der Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erarbeiten und Inklusion zu ermöglichen - in diesem Sinne will ich wirken.

Migration: Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit in diesem Bereich sind die auf Initiative der Linksfraktion in der SVV beschlossenen "Leitlinien kommunaler Integrationspolitik".

Ich stehe für

- die Schaffung klarer Maßstäbe für Integrationsleistungen & deren konsequente Durchsetzung,
- den Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Zentrum und dem Integrationsrat,
- die verstärkte Nutzung von EU-Mitteln für eine gute Ausbildung der Migranten, damit sie erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

■ WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind zugleich auch immer Sozial- und Regionalpolitik. Es kommt darauf an, die regionale Wirtschaft und ihre Verflechtung zu fördern und zu stabilisieren. Die Erarbeitung und spätere Umsetzung eines Wirtschaftsentwicklungskonzepts für die Region Westbrandenburg ist dafür ein wichtiger Schritt.

Ich setze mich ein für:

- die Förderung und Weiterentwicklung vorhandener Unternehmen,
- die Ansiedlung neuer Unternehmen,
- die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns,
- die Verweigerung öffentlicher Aufträge für Betriebe, die sittenwidrige Löhne zahlen,
- eine verlässliche Arbeitsförderung und Finanzierung für Langzeitarbeitslose,
- eine konstruktive Zusammenarbeit mit Jobcenter, BAS GmbH und der Arbeitsagentur.

Wahlprogramm zur Oberbürgermeisterwahl am 11. September 2011

Tourismus: Der Seen- und Waldreichtum unserer Stadt und Umgebung, ihre kulturhistorischen Reize locken viele Besucher an. Allerdings werden die touristischen Angebote diesen Attraktionen nur teilweise gerecht.

Ich setze mich insbesondere ein für

- den lange vernachlässigten Fahrradtourismus,
- den Ausbau des Radwegenetzes in der Innenstadt und entlang der Havel,
- die Weiterentwicklung von Kombi-Angeboten für Touristen (Verbindung von Sport- bzw. Freizeit-Aktivitäten und kulturellen Events),
- die endliche Umsetzung der Idee einer städtischen Jugendherberge.

Städtische Unternehmen: Alle Unternehmen, die in den Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge tätig sind, müssen in kommunaler Hand bleiben. Starke kommunale Unternehmen sind eine wichtige Garantie für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität. Eine weitere Privatisierung kommunaler Unternehmen wird es deshalb mit mir nicht geben.

Ich setze mich ein für

- eine verschärfte Kontrolle aller kommunalen bzw. mit kommunaler Beteiligung geführten Unternehmen durch die gesellschaftlichen Gremien, besonders hinsichtlich der Preisgestaltung.

STADTENTWICKLUNG

Wohnen: Eine sichere, dem Bedarf entsprechende Wohnung gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Daher gilt: Wohnen in Brandenburg an der Havel muss für jedermann bezahlbar bleiben!

Ich setze mich dafür ein, dass

- sich die wobra nach erfolgreicher Sanierung wieder auf ihre sozialen Aufgaben konzentriert,
- die erforderliche Anzahl von Wohnungen im unteren Preissegment angeboten wird,
- die Angebote für altersgerechtes Wohnen weiter ausgebaut werden,
- Maßnahmen zur Wohnungsanpassung sowie zum Umbau in barrierefreie Wohnungen gefördert werden.

Stadtumbau: Als Oberbürgermeister werde ich an den Grundzielen des verabschiedeten Masterplans festhalten. Dieser muss allerdings nachgebessert werden, indem ein Programm zur gleichberechtigten Entwicklung aller Stadt- und Ortsteile sowie zur nachhaltigen Stadtentwicklung nach ökologischen Grundsätzen ausgearbeitet wird. Die bereitgestellten Fördermittel für die Umgestaltung von Hohenstücken und Nord müssen diesen Stadtteilen tatsächlich zugute kommen und dürfen nicht für die Aufwertung der Innenstadt verwendet werden. Unbedingt unterstützenswert ist das bürgerschaftliche Engagement in Plaue, das beachtliche positive Veränderungen in diesem Stadtteil bewirkt hat, z. B. den Erhalt der historischen Plauer Brücke. Auch die weitere Vermarktung des Industriegebietes Kirchmöser wird einen hohen Stellenwert einnehmen.

ENERGIE UND UMWELT

Die Zukunft der Energieerzeugung liegt auch in unserer Stadt bei vorwiegend dezentralen Kraftwerken, die auf Basis regenerativer Energiequellen arbeiten. Der Ausbau dieser Quellen muss auf unserem Stadtgebiet beschleunigt werden. Umweltschutz muss immer mehr zu einem kommunalen Thema werden. Es geht um eine konsequente Berücksichtigung ökologischer Belange aller städtischen Bau-, Gestaltungs- und Erhaltungsvorhaben.

Ich stehe dafür, dass

- umweltrelevante Aspekte in Ausschreibungen ein stärkeres Gewicht erhalten,
- die ökologische Bildung verstärkt gefördert und gewürdigt wird,
- eine enge Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und -vereinen stattfindet.

ÖPNV

Der ÖPNV stellt eine wichtige Grundlage für die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben dar. In unserer Stadt ist der ÖPNV besonders durch den Bus- und Straßenbahnverkehr gewährleistet, wobei die Straßenbahn ökologisch sinnvoller ist.

Ich sehe folgende Schwerpunkte:

- Entwicklung eines ÖPNV-Konzeptes für die Zeit ab 2020,
- Erhalt der Straßenbahn und möglichst Erhöhung ihrer Dienstleistungsangebote,
- Realisierung von Neuanschaffungen im Bereich Straßenbahn ab 2016.

KULTUR

Die Kultur in unserer Stadt muss stärker von der positiven kommunalen Entwicklung profitieren. Ich stehe für einen weiten Kulturbegriff, der auch die alternative Szene und die sogenannte Alltagskultur einschließt. Die 2010 vorgelegte Kulturentwicklungskonzeption ist in ihrer Analysetiefe und Vorschlagsvielfalt eine gute Basis, auf der kontinuierlich aufgebaut werden kann.

Ich stehe für

- die Unterstützung der kulturellen „Zugpferde“, z. B. der Brandenburger Sinfoniker und des Jugendtheaters,
- die Förderung der ansässigen Kunstschaffenden sowie der Nachwuchs- und Laienkünstler,
- die Förderung alternativer Projekte,
- mehr Verhandlungsstärke als in der Vergangenheit bei der Ausgestaltung des Theaterverbundvertrags,
- die Entwicklung einer modernen, anspruchsvollen Museumskonzeption,
- die gezielte Vernetzung von Kultureinrichtungen und deren Angeboten (z. B. Kombiticketangebote, Familien-Specials),
- die kostengünstige Nutzung von Räumlichkeiten und Technik des Theaters sowie von öffentlichen Plätzen für nicht-kommerzielle Kulturveranstaltungen,
- Planungssicherheit für Kultureinrichtungen durch mittelfristige Vereinbarungen.

SPORT

Brandenburg an der Havel soll eine anerkannte Stadt des Sportes werden und damit auch nachhaltige Wirkungen auf die Stadtentwicklung erzielen. Hierzu bedarf es mehr als nur des Ausbaus der Regattastrecke. *Es geht um*

- angemessene Rahmenbedingungen für den Gesundheits-, den Breiten- und den Leistungssport,
- einen bezahlbaren Sport aller Sportwilligen in unserer Stadt.

JUGEND

Im Jugendbereich steht die Chancengleichheit im Mittelpunkt. Bildung darf sich nicht auf die Institution Schule beschränken. Jedes Kind und jeder Jugendliche sollte Zugang zu Vereinen und Musik- bzw. Kunstschulen haben, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder seiner ethnischen Herkunft. Kulturelle Begegnungsräume für Menschen verschiedener Kulturen fördern die Toleranz. Vereine, die ein breites Bildungsangebot in diesem Sinne bereitstellen und für ein buntes Miteinander verschiedener Kulturen und Mentalitäten sorgen, werden von den LINKEN größtmöglich unterstützt.

Ich setze mich ein für

- eine Aufwertung sozialer Jugendarbeit, indem die prekären Beschäftigungsverhältnisse in diesem Feld abgebaut werden,
- Initiativen, die das Demokratieverständnis und das Recht auf Partizipation stärken und rechtes Gedankengut achten.

FREIZEIT

Auch im Freizeitbereich müssen Anstrengungen unternommen werden, um allen Bürgern den Zugang zu entsprechenden Einrichtungen zu ermöglichen.

Ich setze mich ein für

- kostenfreie Badestellen,
- moderate Eintrittspreise für Museen, das Marienbad und verschiedene Stadtfeste,
- angemessene Preise für kulturelle Highlights,
- den ungehinderten Zugang zu öffentlichen Wald-, Wiesen- und Uferwegen sowie Badestellen.

SICHERHEIT

Sicherheit ist ein herausragendes öffentliches Gut, das allen Menschen zusteht. Sicherheit ist Lebensqualität. Die Sicherheit aller Bürger der Stadt zu gewährleisten, sehe ich als eine meiner vordringlichen Aufgaben an. Eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei, aber auch die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind dafür unerlässlich. Aufklärung und Beratung aller Bürger und die Zusammenarbeit mit den Beiräten der Stadt sind zwingende Bestandteile einer erfolgreichen Sicherheitspolitik.

Marx oder Moritz ..

... nichts Genaues weiß man nicht

Ich möchte ja gerne auch etwas über die OB- (oder Als-ob?) Kandidatin der Brandenburger Grünen schreiben, wirklich! Sie heißt Martina Marx und da beginnt schon mein Elend. Über Marxens Karl wüsste ich als gelernter DDR-ler ja einiges, aber über Martina? Da geht's mir wie dem Pennäler, der in die Biologieprüfung muss, sich aber ausschließlich auf das Thema Gurke - damals noch nicht unter EHEC-Verdacht! - vorbereitet hat: „Die Gurke ist eine längliche, grüne Frucht und besteht zu 95% aus Wasser...“ Nun wird der arme Kerl aber zum Elefanten befragt, worauf er zu stottern beginnt: „Der Elefant ist ein großes Säugetier, er hat einen langen Rüssel. Der Rüssel ähnelt einer Gurke ...“ - und schon ist er wieder auf seiner Schiene: „Die Gurke ist eine längliche, grüne Frucht und besteht zu 95% aus Wasser...“ Ok, eine Aussage kann ich übernehmen: Martina Marx ist eine grüne Frucht. Punkt. Über Form und Wasseranteil kann und will ich mich ohnehin nicht äußern. Immerhin ist sie von der Mehrheit einer imposanten Brandenburger Parteibasis von 29 Mitglie-

ansieht... wow! Das hätten auch Tiemann, Langerwisch und Förster nicht nebulöser sagen können!

Und weiter aus ihrer Vita: Seit 21 Jahren kümmert sich Frau Marx im eigenen Architekturbüro um die Innenstadtsanierung und Denkmalpflege. Denkmalpflege? Da hätte sie ihren grünen Daumen aber schon viel früher dem ehemaligen Denkmalschützer und Frühpensionär Krombholz in den Nacken rammen können, mit dem Frau Marx seit 2003 verheiratet ist. Schön für sie, nur für einige Hinterlassenschaften des Solo-Krombholz aus den 90-ern kam dieser Ringtausch eindeutig viel zu spät, z. B. für die untersagte Wärmedämmung von Häusern der Walzwerksiedlung. Und auch seine Kopfsteinpflaster-Orgie wäre vielleicht weniger ausschweifend geraten.

Was gibt es sonst noch zu berichten? Seit 2006 betreibt Frau Marx das Nobel-Restaurant „Am Humboldtthain“ und das Museumscfé im Paulikloster. Das hört sich doch zumindest wie eine kulinarische, wenn auch nicht politische Alternative zu ihren SED-belasteten

OB-Konkurrenten an.

Ja, und damit schließt sich der Kreis auch schon, denn worauf kann eine gute und gesunde Küche (auf Dauer und nach EHEC...) nicht verzichten? Eben, auf frisches Gemüse, da-

runter auch Gurken! „Die Gurke ist eine längliche, grüne Frucht und besteht zu 95% ...“

H.-J. Laß

Anmerkung der Redaktion: Schon mehrmals wurden wir gefragt: „Wann wird denn der Kandidat der LINKEN durch den Kakao gezogen - oder verschont ihr den?“ Antwort: In der nächsten Ausgabe, gesprochen!



dern zur Spitzenfrau für die kommende OB-Wahl gekürt worden und da stellt sich schon die Frage: Woraus besteht ihr sonstiges politisches Grün- und Rüstzeug? Ihr Grünen-Kreisverband berichtet, dass sich die freiberufliche Architektin für Erhalt und Schutz der Umwelt einsetzt, einen basisdemokratischen Politikstil bevorzugt und Ehrlichkeit sowie Geradlinigkeit als Maßstab ihres Handelns

Carl Lühnsdorf

Kennen Sie den Schöpfer des Bollmann-Brunnens?

Wohl kaum ein Mensch aus Brandenburg an der Havel müsste bei der Frage nach dem Bollmann-Brunnen passen. Man verabredet sich dort, zum Beispiel zur Mai-kundgebung oder zu Stadtführungen. Ältere Brandenburger kennen noch den ursprünglichen Standort des Brunnens vor dem Freibad am Grillendamm. So mancher wird beim Fritze-Bollmann-Lied textsicher loslegen können - ansonsten kann er die Verse auf den Steinplatten nachlesen, die den Brunnen an seinem heutigen Standort vor dem „Kaffeehängchen“ ebenerdig umranden. Im Gegensatz zu dem besungenen Brandenburger Original, dem Barbier und Hobby-Angler aus der Altstadt, wird der Künstler, der die Brunnenfigur entworfen hat, aber kaum ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Warum eigentlich nicht?

Die drei metallgrauen Tafelchen, die nach der Umsetzung und Neugestaltung des Brunnens an der Mittelsäule angebracht wurden, nennen zwar die beteiligten Firmen und Sponsoren, aber von dem Schöpfer der Bollmann-Skulptur erfährt man erst Jahre später auf einem dazwischen gequetschten Schildchen. Lakonisch heißt es: „Der Brunnen wurde 1924 nach den Entwürfen des Brandenburger Bildhauers Carl Lühnsdorf gestaltet.“

Wer war dieser Mann? Wir haben die wenigen verfügbaren Dokumente eingesehen und bei der Familie Lühnsdorf nachgefragt - ja, ganz recht, einem Enkel gehörte die Parfümerie gleichen Namens und ein Urenkel, Restaurator, wohnt in der Gerbergasse. Folgendes war zu erfahren: Carl Lühnsdorf (1879 - 1955) hat die Wredowsche Zeichenschule besucht, anschließend eine Stuckateurslehre absolviert und sich dann in Berlin zum Bildhauer ausbilden lassen. Ab 1902 hatte er in Brandenburg ein eigenes Atelier. Den Barbier Bollmann soll er noch persönlich gekannt haben. In den Annalen der Freien Volksbühne e.V. Brandenburg/Havel werden seine besonderen Verdienste



Ein beliebter Treffpunkt:

Der Bollmann-Brunnen in der Hauptstraße

als künstlerischer Beirat erwähnt. Seine Zeit als Soldat im 1. Weltkrieg ließ ihn zum Friedensaktivisten werden. Er trat aus der Landeskirche aus, gründete die deutsche Friedensgesellschaft und wurde Vertrauensmann der deutschen Liga für Menschenrechte, für die er 1924 eine Rosa-Luxemburg-Büste schuf. Ein weiteres Werk aus dieser Zeit ist die „Trauernde Witwe“, Teil des Kriegerdenkmals in Brielow. Seine Distanz zum heraufziehenden Faschismus brachte ihm 1934 einen 6-monatigen Gefängnisarrest wegen „Volksverhetzung“ ein und er musste sein Atelier aufgeben. Im selben Jahr siedelte er nach Wittstock/Dosse um und war dort bis 1941 Leiter des Astoria-Kinos, das aber geschlossen wurde, als er sich weigerte, eine gefilmte Hitler-Rede vorzuführen. In Wittstock zeugt das 1950 geschaffene Ehrenmal für die Opfer des Faschismus von seinem Wirken. Nach dem 2. Weltkrieg verfolgte Carl Lühnsdorf die Entwicklung in Ostdeutschland mit wachsendem Unbehagen und floh 1954 nach Westberlin.

Wäre eine solche Biografie nicht wenigstens einige Stichworte auf einer Info-Tafel am Bollmann-Brunnen wert? Etwa: „Carl Lühnsdorf, Brandenburger Künstler, Friedensaktivist, Freigeist und Antifaschist“.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns folgende Meldung: Auf Initiative der damaligen Vorsitzenden des LINKEN-Stadtverbandes, Silvia Hauße, wurde vor etwa 5 Jahren die Aktion „Stolpersteine“ ins Leben gerufen. **Erinnert werden soll an Antifaschisten aus Brandenburg/Havel, die dem Naziterror zum Opfer gefallen sind. Ein Schulprojekt am Stadtmuseum hat sich der Recherche gewidmet und nun die ersten sechs Personen vorgeschlagen. Unter ihnen ist auch Karl Lühnsdorf, Bildhauer und Architekt wie sein Vater Carl. Er wurde 1933 verhaftet und ist 10 Jahre später, mit nur 38 Jahren, in einer Strafddivision umgekommen. Sein „Stolperstein“ soll in der Hammerstraße 1 A angebracht werden; der Stadtverband der LINKEN hat die Finanzierung zugesagt.**

Dr. U. Sändig

Petra Zimmermann

„Arbeitsmarkt- & Wirtschaftspolitik muss Familien aus der Armut holen“

Normalerweise fragt ein Gentleman eine Dame nicht nach ihrem Alter. Muss er auch nicht, wenn er sein Gegenüber, seine ehemalige Kollegin, schon so lange kennt. „Zimmi“ – so nennen alle unsere Petra Zimmermann. Schon vor der Wende bekannte sich die inzwischen gut Fünfzigjährige zu ihren linken Positionen, ehe sie 1998 Mitglied der PDS wurde. Im Brandenburger Stadtverband der PDS wurde sie Zuständige für Öffentlichkeitsarbeit, war zeitweise stellvertretende Vorsitzende und ist bis heute Fraktionsmitglied der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung (SVV). Zimmi ist Mutter von zwei mittlerweile erwachsenen Kindern, auf die sie sehr stolz ist.

HB: In welchen Ausschüssen bist du als Fraktionsmitglied der LINKEN tätig?

P.Z.: Zur Zeit bin ich Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben – langer Name. Zuvor war ich auch im Jugendhilfeausschuss, im Sozialausschuss und in weiteren Ausschüssen.

HB: Im Rechnungsprüfungsausschuss bist du stellvertretende Vorsitzende. Seit wann übst du diese Funktion aus und welche Ziele verfolgst du?

P.Z.: Seit 2006. Die Rechnungsprüfung sollte aus meiner Sicht nicht als letztes Kontrollmittel angewendet werden. Ich sehe auch eine be-

gleitende Kontrolle als einen wichtigen Beitrag, bestimmte Geldflüsse von Beginn an zu überwachen und wenn nötig auch gegenzusteuern.

HB: Und was ist dein Spezialgebiet im Wirtschaftsausschuss?

P.Z.: Von einem Spezialgebiet kann man nicht reden. Als Stadtverordnete trage ich eine Gesamtverantwortung. So kann ich nicht immer nur nach sozialen Aspekten entscheiden, sondern muss auch die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen sachlich im Blick haben. Mit Spannung erwarte ich das neue Vergabegesetz des Landes, wonach nicht mehr nur die Wirtschaftlichkeit bei Vergaben im Fokus stehen kann, sondern auch soziale und öko-



Porträt

logische Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen.

HB: Welche weiteren ehrenamtlichen Aufgaben nimmst du wahr?

P.Z.: Seit 11 Jahren betreue ich mit viel Spaß den Internetauftritt unseres Kreisverbandes. Seit mehr als 15 Jahren biete ich außerdem Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen in Krisensituationen an, eine Tätigkeit, die mir sehr am Herzen liegt. Menschen brauchen Ansprechpartner und Zuhörer, wenn sie z. B.

unter das 2005 eingeführte Hartz-IV-Gesetz fallen. Immer wieder treten Probleme auf, welche die Betroffenen vor scheinbar unlösbare Aufgaben stellen. Meine Überzeugung: Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in Brandenburg müssen das Ziel haben, Familien aus der Armut zu holen, ihnen Perspektiven zu geben und sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. **HB:** Vielen Dank!
W. Müller

Nicht nur ein kleiner Unterschied

Die Frage wird öfter gestellt: „Wozu eigentlich wählen gehen? - Die da oben machen sowieso, was sie wollen.“ Und dann folgt dieser resignative Nachsatz: „Die Parteien sind ja doch alle gleich!“ Das stimmt, wenn man die vier etablierten Parteien meint, die seit vielen Jahrzehnten in Deutschland das politische Leben bestimmen. Aber trifft die Aussage auch auf die Linkspartei zu?

Obwohl Die LINKE von vielen Menschen gewählt wurde, hat sie es schwerer als die etablierten Parteien. Denn sie verfügt nicht über den sogenannten Stallgeruch. Sie wird also nur widerwillig zur Kenntnis genommen, wenn irgend möglich ignoriert, ausgegrenzt, diffamiert, attackiert – kurzum, wie ein ungeliebter Wechselbalg behandelt. Nein, verboten ist die Linkspartei natürlich nicht, aber so, wie sie oft in der Öffentlichkeit dargestellt wird, könnte man es fast vermuten. Natürlich hat die Unfreundlichkeit der übrigen Parteien und der bundesdeutschen Medien handfeste Gründe. Die LINKE ist nämlich mit einigen „Makeln“ behaftet, die man ihr nicht verzeihen



will. So verteidigt sie als einzige Partei im Bundestag nachhaltig auch ostdeutsche Interessen. Oder hat jemand mal gehört, dass sich die FDP, SPD oder gar die CDU zum Beispiel für gleiche Bezahlung und Rentenberechnung eingesetzt hätten? Dass sie sich darüber empört hätten, wenn die einen ihre Villa mit 1000€-Scheinen tapezieren können, während die anderen unter Brücken dahin vegetieren müssen? Dass sie über den Vorteil für die Mittelschicht nachgedacht hätten, der sich daraus ergeben würde, dass arme Menschen mehr Geld zur Verfügung und damit eine höhere Kaufkraft hätten?

Das Allerschlimmste an der LINKEN scheint jedoch für manchen etablierten Parteisoldaten die Tatsache zu sein, dass sie eine konsequente Antikriegspolitik macht, fragwürdige Auslandseinsätze als menschenfeindlich geißelt und den Sinn der dafür verwendeten Steuermilliarden nicht einsehen will. Übrigens wird die LINKE auch bei den diversen Parteispenden „links liegen“ gelassen. Für die Wirtschaft ist es gegenwärtig noch lukrativ, die Schere zwischen Arm und Reich offen zu halten. Aber das kann sich ändern! Ob dann auch die LINKEN gesponsert werden?

W. Weise

Lexikon

Was heißt hier „Arbeitgeber – Arbeitnehmer“?

Die Verben „geben“ und „nehmen“ versteht ja doch eigentlich jeder. Im Wörterbuch heißt es zu „geben“: jemandem etwas schenken, zur Verfügung stellen oder übereignen.

Und zu „nehmen“ kann man lesen: etwas oder jemanden ergreifen, in seinen Besitz bringen.

Für das Begriffspaar „Arbeitgeber – Arbeitnehmer“ dürfte damit klar sein:

Ein Arbeitgeber ist jemand, der seine Arbeit bzw. Arbeitskraft zur Verfügung stellt, und ein Arbeitnehmer ist jemand, der sich die Arbeitskraft anderer aneignet. Ups! Da stimmt doch was nicht! Werden diese Komposita im offiziellen Sprachgebrauch nicht genau umgekehrt verwendet? Also,

ein Arbeitgeber ist jemand, der die Arbeit anderer in Besitz nimmt und am liebsten geschenkt haben will; ein Arbeitnehmer gibt seine Arbeitskraft, eine wertvolle Gabe, die er nichtsdestotrotz oft schwer oder gar nicht los wird.

Warum diese verdrehte Begriffsbildung? Bezeichnungen, wenn sie sich denn einmal eingeschliffen haben, entfalten oft ein überzeugungskräftiges Eigenleben. Da fühlt sich dann der Unternehmer als Wohltäter und der Arbeitswillige als Bittsteller. Wenn das keine geschickte Manipulation ist! Davon hätte sich die sozialistische Propaganda noch eine Scheibe abschneiden können.

Dr. U. Sändig



Was Wann Wo

JULI 2011: 20.07. 09.30 Uhr Frühstück für Jedermann

AUGUST 2011:
 09.08. 10.30 Uhr Arbeitstreffen VVN-BDA
 09.08. 16.00 Uhr BO-Vorsitzendenberatung
 15.08. 18.00 Uhr Fraktion
 17.08. 09.30 Uhr Frühstück für Jedermann
 25.08. 18.00 Uhr Vorstandssitzung
 29.08. 18.00 Uhr Fraktion
 31.08. 16.00 Uhr SVV

SEPTEMBER 2011: **10.09. 14.00 Uhr Familienfest der LINKEN auf dem Altstädtischen Markt**

11.09. 08.00 Uhr Wahl zum Oberbürgermeister
 12.09. 18.00 Uhr Fraktion
 13.09. 16.00 Uhr BO-Vorsitzendenberatung
 21.09. 09.30 Uhr Frühstück für Jedermann
 26.09. 18.00 Uhr Fraktion
 28.09. 16.00 Uhr SVV
 29.09. 18.00 Uhr Vorstandssitzung

- Dienstags & Donnerstags ab 18.00 Uhr linksjugend [`solid]
- immer Donnerstags 10.00 bis 12.00 Uhr: Schuldnerberatung (nur mit telefonischer Voranmeldung)

In der letzten Augustwoche ist DIE LINKE mit verschiedenen Infoständen im Stadtgebiet unterwegs. Genaue Termine und Zeiten entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder auf www.dielinke-stadt-brb.de/termine.

Ein gelungenes Fest

Rückblick Kinder- und Familienfest im Waldcafé Görden



Am Sonntag, dem 29. Mai 2011, fand auf dem Gelände des Waldcafés Görden das IX. Kinder- und Familienfest statt. Schirmherrin war wiederum Diana Golze (DIE LINKE), Abgeordnete des

Deutschen Bundestages. Das Wetter zeigte sich von seiner guten Seite und half dabei, dieses Fest zu einem schönen Erlebnis werden zu lassen.

Zu den etwa 1000 Gästen gehörten auch einige Kinder und deren Eltern aus dem Asylbewerberheim. Verschiedene Angebote, z. B. ein Fußballturnier, Dart, Schminken und eine Hopseburg für die kleinsten Besucher, sorgten für ein kurzweiliges Programm. Begeisterte Kinder lauschten dem Clown Celly und konnten sich in kleine Schauspieler verwandeln. Große und kleine Gäste erfreuten sich an der Sportschule CHAE, der Line-Dance-Gruppe der Volkssolidarität und der Kindergruppe der Kita Gertrud Piter. Musikalisch umrahmt wurde das Fest von DJ Dad-

dy und der Gruppe Sphinx. An den verschiedenen Ständen waren ehrenamtliche Helfer der Volkssolidarität aus dem Stadtteil Görden, der Partei DIE LINKE und der PSGAD aktiv. Für Speis und Trank sorgten die Waldcafé-Betreiber. Die Mitglieder des Festkomitees bedanken sich herzlich bei allen freiwilligen Helfern und den oft seit Jahren aktiven finanziellen Unterstützern. Ohne deren Hilfe wäre solch ein Fest nicht möglich. Ein besonderes Dankeschön gilt allen fleißigen Bäckerinnen, die so zahlreich leckeren Kuchen gespendet haben.

Im nächsten Jahr feiern wir übrigens ein kleines Jubiläum. Wir freuen uns schon heute auf das X. Kinder- und Familienfest.

R. Musehold

Danksagung



Die folgende Danksagung drucken wir gerne ab, zumal sie auch ein hoffnungsvolles Zeichen für den Generationenwechsel bei den LINKEN ist:

„Wir wollen hiermit allen Genossinnen und Genossen, die uns zu unserer Heirat am 9. Juni beglückwünscht haben, von Herzen für ihre lieben Worte danken. Auch freuen wir uns auf die vielen weiteren Jahre, in denen wir uns auf die Unterstützung und freundliche Begleitung unseres Kreisverbandes verlassen können. Besonderer Dank gilt unseren Eltern Anne-Katrin Gabrysiak, Jacqueline Förster, Olaf Gabrysiak und Alfredo Förster. Sie haben uns tatkräftig bei allen Entscheidungen und Anstrengungen beigestanden und wir wissen, dass wir uns auch in Zukunft voll und ganz auf sie verlassen können.“

Eva & Daniel“

Rate mal!

Von wem stammen die folgenden Sprüche und Lebensweisheiten?

Ankreuzen und die Lösung schicken an: Geschäftsstelle DIE LINKE, Redaktion „Havelbrandung“, 14770 Brandenburg an der Havel, Altstäd-

tischer Markt 2. Die besten Ratefüchse werden mit Büchergutscheinen belohnt. In der Frühjahrsausgabe haben gewonnen: K. Laskowski, P. Janukowski, A. Muschert, C. Görsch. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. *Viel Glück!*

- Die ersten Menschen waren nicht die letzten Affen.
 A Alfred Brehm B Erich Kästner
- Suche nicht andere, sondern dich selbst zu übertreffen.
 A Cicero B Karl Marx
- Ein Verstand, der die Füße in einem Sack von Vorurteilen stecken hat, der kann nicht nach dem Ziel laufen.
 A Christian Morgenstern B Bettina von Arnim
- Wenn dich die Lästerzunge sticht, so lass dir dies zum Troste sagen: die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran - nicht nur - die Wespen nagen.
 A Gottfried August Bürger B Wilhelm Busch
- Niemand käme auf die Idee, Tinte mit Tinte abzuwaschen; nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.
 A Marie v. Ebner-Eschenbach B Thomas Mann
- Für eigene Fehler sind wir Maulwürfe, für fremde Luchse.
 A dt. Spruchweisheit B arab. Spruchweisheit
- Nicht bloß Kinder speist man mit Märchen ab.
 A Friedrich Nietzsche B Gotthold E. Lessing
- Frauen werden nicht frei sein, solange ihre Unterwerfung als sexy gilt.
 A Sheila Jeffreys B Alice Schwarzer
- Ein kluges Weib in ihrem dunklen Drang ist sich des rechten Weges wohl bewusst.
 A Brigitte Reimann B Irmtraud Morgner
- Wer sagt: Hier herrscht Freiheit, der lügt, denn Freiheit herrscht nicht.
 A Clara Zetkin B Erich Fried

IMPRESSUM: HAVELbrandung . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 02/2011 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: redaktion@dielinke-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 37.500 Stück. **Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche **Redaktionsmitglieder:** W. Müller, P. Zimmermann, W. Weise, Dr. U. Sändig **Bildnachweise:** Werner Müller/DIE LINKE (1|2|3|6|7|8), DianaGolze/DIE LINKE (3), solid (3), GodonWelters|www.gordonwelters.com (4), Karikatur: R. Alff (7), eb-picture@fotolia.com (7), Danksagung | privat (8)

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-brb.de . E-Mail redaktion@dielinke-brb.de